

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 9 (1929-1930)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Die Lage im englischen Kohlenbergbau  
**Autor:** Schweizer, Heinz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-330220>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 31.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

frist als eine Kunde aus dem Lande Nirgendwo geklungen hätte. Freuen wir uns des Erreichten und seien wir zu neuer Arbeit bereit... Vieles liegt uns noch zu tun bevor. Wir prüfen die Schaffung eines Ferienheims, die Bildung eines Pfeiferkorps, die Anschaffung von Zelten, die Organisierung gutdisziplinierter Rote-Falken-Gruppen, die Anschaffung eines Zeltwagens, die Herausgabe eines Vademecums für Gruppenleiter usw. Alles braucht aber Zeit und Geld.»

In *Burgdorf* besteht nur eine Rote-Falken-Gruppe. Die Elternorganisation ist erst dieses Jahr gegründet worden. Aber auch sie hat mit ihrem Auftreten schon Aufsehen erregt.

Gewiß, das sind erst die Anfänge der Kinderfreundebewegung in der Schweiz, aber diese Anfänge berechtigen zu guten Hoffnungen. Besonders wenn man weiß, welche große Hindernisse sie zu überwinden hat. An erster Stelle steht da die Mentalität der Arbeiter selbst und an zweiter Stelle die materiellen Schwierigkeiten. Die Kinder selber kann man zur Bestreitung der Kosten nicht heranziehen, und wenn man das tut, so nur in dem Maße, daß höchstens einige Rappen dabei heraus schauen. Auch die meisten Eltern der Kinder gehören zu den schlechtest bezahlten Berufen, für die auch einige Franken pro Jahr schon eine gewisse Aufopferung bedeuten. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als daß Partei und Gewerkschaft für ihren eigenen Nachwuchs besorgt sein sollten und die Tätigkeit der Kinderfreunde ständig materiell unterstützen, wie das in anderen Ländern der Fall ist und auch eine Selbstverständlichkeit für uns sein müßte.

Die Lösung des Problems, die Jugend zu gewinnen und sie der Partei und Gewerkschaft zuzuführen, steht bei den Kinderfreunden. Je mehr die Kinderfreunde ihre Tätigkeit entfalten und vertiefen, je größere Massen sie erfassen und erziehen können, um so reichlicheren Gewinn wird die gesamte Arbeiterbewegung davon haben. In unsern Kindern liegt unsere Zukunft!

---

## Die Lage im englischen Kohlenbergbau.

Von *Heinz Schweizer*.

Als vor drei Jahren die englischen Bergarbeiter nach mehrmonatigem Streik endlich ausgehungert und niedergedrungen waren, frohlockten die Grubenbesitzer und mit ihnen die konservative Regierung, daß nun der englische Kohlenbergbau auf lange Zeit hinaus von sozialen Erschütterungen bewahrt bleiben dürfte. In ihrem Siegesjubel reduzierten sie nicht nur die Löhne um volle 13 Prozent, sondern setzten zugleich die Arbeitszeit

von sieben auf acht Stunden (ohne Ein- und Ausfahrt) herauf. Die Folgen dieser unsinnigen Politik zeigten sich sofort in den Arbeitslosenziffern. Waren von den etwa 1,2 Millionen Bergarbeitern schon vor dem Streike etwa 100,000 dauernd arbeitslos, so fanden nachher nochmals mindestens 100,000 keine Beschäftigung mehr. Ferner wurde das einheitliche nationale Lohnabkommen, das den Arbeitern Mindestlöhne garantierte, durch verschiedene Distriktregelungen ersetzt. Diese regionalen Verträge laufen nun auf Ende dieses Jahres ab. Es versteht sich von selbst, daß die Bergarbeiter die Gelegenheit benützen werden, um die Schlappe von 1926 nach Möglichkeit auszugleichen. Ihre Gewerkschaft hat vor einigen Tagen die Grubenbesitzer eingeladen, mit ihnen wegen eines neuen Lohnabkommens zu verhandeln. Die Unternehmer lehnten es jedoch rundweg ab, mit den Gewerkschaften zu verkehren. Sie scheinen ihre reaktionäre Taktik, der Krise, die den englischen Kohlenbergbau seit Ende des Krieges heimsucht, untätig zuzuschauen und die gesamten Folgen auf die Arbeiter abzuwälzen, beibehalten zu wollen. Bei dieser Lage ist es angezeigt, den *wahren* Ursachen der Krise nachzugehen\*.

### I. Die Krise der Nachkriegszeit.

Die schwere Krise, in der sich der englische Bergbau seit Ende des Krieges befindet, ist als Teilerscheinung der allgemeinen Weltkohlenkrise aufzufassen. Diese hat ihre Ursache vor allem darin, daß die Steinkohle in den letzten Jahren in steigendem Maße durch Oel, Braunkohle und Elektrizität ersetzt wird. Andererseits hat sich die Produktionskapazität der Kohlengruben durch Neuanlagen und bessere Abbaumethoden eher vermehrt. Die Folge ist eine starke Verschärfung des Dumpings auf den internationalen Kohlenmärkten. Dieser verschärften Konkurrenz zeigte sich der englische Kohlenbergbau nicht gewachsen; er ließ sich in den letzten Jahren in steigendem Maße von seinen wichtigsten Absatzmärkten verdrängen. Die folgende Uebersicht zeigt deutlich den beständigen Rückgang des englischen Exportes in Millionen Tonnen:

	1913	1925	1928
Kohlenförderung	287	244	241
Inlandsverbrauch	189	175	190
Export	98	69	51
Export (Prozent)	34	28	21

---

\* Es wird sich dabei ergeben, daß die Hauptschuld die Unternehmer selbst trifft, die sich bis dahin nicht aufraffen konnten, die veraltete Organisation der Kohlenindustrie zu rationalisieren.

## II. Die Ursachen der Krise.

Die Gründe dieser ungenügenden Konkurrenzfähigkeit des englischen Bergbaues lassen sich alle auf eine Tatsache zurückführen: auf den veralteten, bei den heutigen Verhältnissen völlig ungenügenden *organisatorischen Aufbau* der Industrie. An drei Erscheinungen soll dies nachgewiesen werden: der Zahl und Größe der Unternehmungen, dem Fehlen der Kartelle und dem Privateigentum an den Royalties.

*Die Zahl der Zechen.* Das sogenannte Samuel-Komitee, das 1925 zur Untersuchung der Lage im Bergbau eingesetzt worden war, zählte in seinem Bericht\* für das Jahr 1924 in den englischen Kohlendistrikten 2481 Kohlengruben, die etwa 1400 verschiedenen Unternehmungen gehörten. Diese Ziffern dürften sich in den folgenden Jahren nur unwesentlich vermindert haben. Von dieser riesigen Anzahl von Unternehmungen bewältigten 1923 die Hälfte (715) nicht weniger als 98 Prozent der gesamten Förderung. Die übrigen 700, die ganze 2 Prozent an die Ausbeute beitrugen, stellen also sehr kleine Unternehmungen, zum Teil eigentliche Zwergbetriebe dar. Der Samuel-Bericht erwähnt als Beispiel eine Zeche im Rhondda Valley, die ganze zwei Arbeiter beschäftigte! Gerade im Kohlenbergbau ist aber die große Unternehmung der kleinen dank den besseren Abbaubedingungen und den relativ hohen degressiven Kosten weit überlegen. Der Samuel-Bericht hat darüber sehr interessantes Material veröffentlicht. Er verglich in der ersten Hälfte des Jahres 1925 bei etwa 600 Unternehmungen verschiedener Größe die täglichen Förderungsmengen pro Mann und die Durchschnittskosten pro Tonne:

Unternehmens- kategorie (jährliche Förderung in 1000 t)	Tägliche Förderung pro Mann in cwts. (1 cwt. = 50,8 kg)	Kosten pro Tonne in Schilling
Unter 5	12.78	32.01
5— 200	16.22	20.23
200— 400	17.05	19.21
400— 600	18.34	18.04
600— 800	18.86	17.82
800—1000	18.68	17.65
1000—2000	19.66	17.49
über 2000	19.76	17.11

Die Zusammenstellung zeigt mit überraschender Eindeutigkeit die geringeren Selbstkosten der Großunternehmung. Die Förderungsmengen nehmen bei größerem Produktionsumfang mit größter Regelmäßigkeit zu, die Produktionskosten gehen ebenso regelmäßig in noch stärkerer Progression als die Förderungszunahme zurück.

\* Report of the Royal Commission on the Coal Industry, London 1926.

*Das Fehlen der Kartelle.* Während in anderen Ländern, vor allem in Deutschland, die Kohlenindustrie weitgehend kartelliert ist (das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat kontrolliert etwa 97 Prozent der deutschen Steinkohlenförderung), fehlten im englischen Bergbau bis vor wenigen Monaten die Zusammenschlüsse vollständig. Dies ist um so merkwürdiger, als vor etwa 100 Jahren die wichtigsten englischen Kohlendistrikte in einem starken preis- und mengenregulierenden Verband zusammengeschlossen waren, der das erste in der Wirtschaftsgeschichte bekannte Kartell darstellt. Erst der Siegeszug des Liberalismus bereitete ihm ein Ende. An den Konsequenzen der darauf folgenden «liberalen», in Wirklichkeit chaotischen Entwicklung hat der englische Bergbau heute noch zu leiden. Die hohe Zahl von Unternehmungen und die großen Unterschiede in ihrem Produktionsumfang lassen sich darauf zurückführen. Darin liegt auch der Hauptgrund, warum die englischen Grubenbesitzer, trotz gegenseitiger schärfster Konkurrenz, sich bis dahin nicht zu einer Kartellierung aufraffen konnten.

*Das Privateigentum an den Royalties.* Eine weitere Besonderheit des englischen Bergbaus besteht darin, daß das Verfügungsrecht über die Kohlen (Royalty) nicht wie in den kontinentalen Ländern (Deutschland, Frankreich, Belgien) dem Staate zukommt, sondern einen Bestandteil des Privateigentums an Grund und Boden bildet. Es ist offensichtlich, daß eine solche Regelung zu den unsinnigsten Konsequenzen führt. Wenn ein Unternehmer eine Grube anlegen will, so muß er zuerst mit den privaten Grundeigentümern über Pachtverträge verhandeln. Es wurde berechnet, daß durchschnittlich für jede Grube nicht weniger als fünf Verträge notwendig sind. Beim Betrieb der Zeche muß streng darauf geachtet werden, daß nur solche Flöze abgebaut werden, die innerhalb der Grenzen liegen, die irgendwo an der Oberfläche verlaufen.

### *III. Reformbestrebungen.*

Die obige Analyse hat gezeigt, daß die Rationalisierung vor allem zwei Dinge erheischt: die Verstaatlichung der Royalties, und die einheitliche Syndizierung der Industrie. Die Ueberlegenheit des Gemeineigentums an den Royalties ist so offensichtlich, daß sogar liberale und konservative Kreise der Verstaatlichung zustimmen. Meinungsverschiedenheiten bestehen dagegen in der Art der Durchführung. Die Bergarbeitergewerkschaft verlangt die entschädigungslose Enteignung, stellen doch die Royalties eine typische Form arbeitslosen Einkommens dar. Der Samuel-Bericht will solche Grundbesitzer, deren Grundstücke durch die Royalties höhere Verkehrswerte aufweisen, entschädigen. Er hat die dafür notwendigen finanziellen Aufwendungen auf etwa 100 Millionen Pfund berechnet. Woher

der englische Staat bei der hohen Steuerlast diese Mittel aufbringen soll, blieb allerdings bis heute eine offene Frage.

Dagegen hat die letzte Entwicklung einer nationalen Syndizierung weitgehend vorgearbeitet. Im April des letzten Jahres berichteten die Zeitungen, daß es endlich gelungen sei, die Kohlengruben Mittelenglands in einem Kartell (dem sogenannten Five Counties Scheme) zu vereinigen, das für jede Unternehmung Produktionsquoten vorsieht und zur Verbilligung der Ausfuhrkohle eine Umlage von 3 d pro Fördertonne erhebt. Nach diesem ersten Schritt schlossen sich auch die Gruben in Südwales und in Schottland zu Kartellen zusammen. Der Verband in Südwales funktioniert vor allem als Preiskartell, während das schottische Kartell die interne Rationalisierung, insbesondere das Aufkaufen unrentabler Gruben bezweckt. Dieser distriktweisen Kartellierung ist es bis dahin aber kaum gelungen, die scharfe Konkurrenz der englischen Unternehmungen auf den ausländischen Märkten zu mildern. Im Gegenteil: An Stelle der Konkurrenz der einzelnen Unternehmungen ist der verschärfte Kampf der einzelnen Distriktkartelle getreten. Dieses unsinnige Ergebnis zeigt mit aller Deutlichkeit, daß nur eine einheitliche Syndizierung die Absatzverhältnisse sanieren kann.

#### *IV. Die Aufgaben der Labour-Party.*

Die Bekämpfung der Kohlenkrise und ihrer Folgen stellt die Labour-Regierung vor äußerst heikle und folgenschwere Entscheidungen. Die Arbeitsbedingungen des riesigen Heeres der Bergarbeiter sind seit dem Streik so schlecht, die Not in den Kohlendistrikten so groß, daß dringende Hilfe notwendig ist, wenn nicht eine neue Explosion wie die des Jahres 1926 die englische Wirtschaft erschüttern soll. Die Arbeiterpartei hat denn auch vor den Wahlen angekündigt, daß sie für eine sofortige Herabsetzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden und für die Ersetzung der regionalen Lohnabkommen durch eine nationale Regelung eintreten werde. Es wird sich nun in den nächsten Monaten zeigen, ob die Regierung die Macht besitzt, ihre Versprechen einzulösen. Die Distriktabkommen, die nach dem Streike von 1926 abgeschlossen wurden, laufen, wie bereits erwähnt, mit Ende dieses Jahres ab. Bis dahin hat es, dank der reaktionären Haltung der Unternehmer, nicht den Anschein, daß es zu einer friedlichen Verständigung zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern kommen werde. Macdonald hat am 10. September in einer mutigen Rede den Bergarbeitern die Unterstützung der Regierung für die bevorstehenden Kämpfe zugesagt. Inzwischen versucht die Regierung mit aller Energie, die Syndizierung der Industrie zu beschleunigen. Sie weiß genau, daß ein Fortdauern der

Kohlenkrise eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht erlauben wird. Sie hat den Grubenbesitzern angedroht, zur Zwangskartellierung zu greifen, wenn sie sich im Laufe dieses Jahres nicht selbst verständigen können. Diese Drohung hat die Unternehmer endlich zum Verhandeln gezwungen. Das eingesetzte Central Coal Marketing Committee hat am 12. September einem Entwurf zugestimmt, der einerseits einen Landesausschuß zur Festsetzung der Produktionsquoten für jeden Kohlendistrikt, anderseits Revierausschüsse vorsieht, die den Anteil der einzelnen Zechen an den Revierquoten bestimmen und miteinander die Preise festlegen. So scheint also die endgültige Syndizierung des englischen Kohlenbergbaus endlich bevorzustehen.

Die Regierung hat in der kurzen Zeit ihres Wirkens auch sonst an der Förderung des Kohlenexportes gearbeitet. Vor allem ist auf das Ergebnis der Haager Konferenz hinzuweisen, wo Snowden und Graham nach hartem Kampf für die nächsten Jahre eine Verminderung der deutschen Reparations-Kohlenlieferungen nach Italien um jährlich 1,5 Millionen Tonnen durchsetzten. Die Labour-Regierung versucht ferner, wie die diesjährige Völkerbundsversammlung gezeigt hat, einer internationalen Verständigung der kohlenproduzierenden Länder vorzuarbeiten. Die zweite Kommission des Völkerbundes soll sich im Anschluß an die zehnte Ratsversammlung mit der Sanierung der Weltkohlenkrise befassen.

Alle diese Bestrebungen um die organisatorische Rationalisierung und die Stabilisierung des Absatzes können aber diejenigen Nachteile nicht beseitigen, die ihren Ursprung in der kapitalistischen Produktionsweise haben. So steht hinter diesen ersten Sanierungsmaßnahmen eine viel umfassendere Aufgabe:

*Die Sozialisierung der englischen Kohlengruben.* Bereits im Jahre 1919 hat der damals vielbeachtete sogen. Sankey-Bericht die Nationalisierung der Gruben vorgeschlagen. In den folgenden Jahren hat die Miners' Federation zusammen mit dem General Council der Trades Union und dem Exekutivkomitee der Labour-Party einen detaillierten Sozialisierungsentwurf ausgearbeitet und ihn 1924 und 1925 dem Parlament unterbreitet. Der Entwurf sieht die Verwaltung der Industrie durch einen nationalen Kohlenrat und verschiedene Provinzialräte vor. Die einzelnen Zechen sollen durch Grubenkomitees, in denen die leitenden Beamten, die Arbeiter und die Provinzialräte vertreten sind, geleitet werden. Dieser Sozialisierungsplan, der in der Öffentlichkeit eingehend diskutiert wurde, braucht allerdings für seine erfolgreiche Verwirklichung eine wichtige Voraussetzung: eine syndizierte Industrie mit stabilen Absatzverhältnissen. Die wertvollste Vorarbeit für eine zukünftige Sozialisierung kann die Labour-Regierung bei den heutigen

Machtverhältnissen also dadurch leisten, daß sie die Rationalisierung in der oben beschriebenen Weise fördert und die Position der englischen Kohlenindustrie auf dem internationalen Markte verstärkt.

---

## Das neue Arbeitsrecht in Deutschland.

Von Dr. *Marcus Gitermann*, Zürich.

Die Novemberrevolution in Deutschland brachte mit sich eine Umwälzung in der sozialen Stellung der Arbeiter. Schon im Kriege wurden obligatorische Arbeiter- und Angestellten-ausschüsse gesetzlich geschaffen, die in der Kriegswirtschaft den Arbeitnehmern gewisse Mitbestimmungsrechte verliehen haben. Erst die Revolution aber hat nicht nur einzelne soziale Institutionen (Betriebsräte) geschaffen, sondern die gesetzliche Grundlage zu einer neuen Auffassung der menschlichen Arbeit bereitet. Die Weimarer Verfassung proklamiert ein neues Prinzip (Art. 165): «Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt, in Gemeinschaft mit den Arbeitnehmern, an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.» Das Reich soll ein Arbeitsrecht schaffen. Charakteristisch ist, daß die gesetzliche Regelung immer neue Gebiete umfaßt. Da aber die bürokratisch organisierte staatliche Gewalt nicht imstande ist, neuen sozialen Erscheinungen auch rechtzeitig den juristischen Ausdruck zu verleihen, so gewährt der Gesetzgeber den Arbeiterkoalitionen (Verbänden) die Kompetenz, sich selbst die notwendig gewordenen Rechtsinstitutionen zu schaffen. So entsteht das *autonome* (selbständige) *Arbeitsrecht*. Zum autonomen Arbeitsrecht gehören: die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften, die Dienstordnungen der Krankenkassen und Arbeitsnachweise, insbesondere aber der Tarifvertrag.

Der Raum eines Zeitungsartikels gestattet uns nicht, auf die Tendenzen der Entwicklung des Arbeitsrechtes einzugehen. Wir wollen hier unsere Leser nur mit den wichtigsten Errungenschaften des deutschen Arbeitsrechtes bekannt machen.

### 1. Die Betriebsräte.

Das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 verleiht der Arbeiterschaft das Recht auf «Teilnahme am Betrieb»: der Betriebsrat soll die Vertretung der gesamten Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber eines Betriebes darstellen. Betriebe, die wenigstens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, sind verpflichtet, Betriebsräte zu errichten. Kleinere Betriebe, die